B3

398

Alarmierende Brüning-Pläne!

Außerkraftsetzung von Lohntarifen mit dem Artikel 48

Das „Berliner Tageblatt" enthüllt in seiner Abendausgabe vom 11. Februar einen wichtigen Plan der Brüning-Regierung. Da es heute den Unternehmern hinderlich ist, daß eine Reihe Lohntarife, insbesondere der für die Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe, noch einige Monate länger laufen, soll durch eine Notverordnung die Handhabe geschaffen werden, solche Lohntarife vor ihrem Ablauftermin „legal" außer Kraft zu setzen. Damit soll jedes Hindernis für die Durchführung des Lohnraubes auf der ganzen Linie beseitigt werden.

Das „Berliner Tageblatt" erklärt offen, daß der Vorstoß der Unternehmer gegen die Belegschaft der Hütte Ruhrort-Meiderich nur den Zweck hat, die Lohnsenkung in der ganzen Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe durchzuführen. Die wirtschaftliche und politische Lage gäbe den Unternehmern die Möglichkeit dazu; wörtlich schreibt das Blatt darüber:

„Die Vorräte auf den Werken sind groß, weitere umfangreiche Stillegungen in Sicht, die Arbeiterschaft zermürbt, die Position der Gewerkschaften droht zu erlahmen. Die Gefahr droht daß aus der Tendenz der Konzerne, die Produktion auf die leistungsfähigsten Werke zu konzentrieren, und aus dem Streben der Kommunalverwaltungen, ihre Wohlfahrtslasten vor allem durch die Fürsorgekosten zu senken, eine Stimmung entstehen könnte, die schließlich in den völlig regellosen Lohnabbau ausarten, politisch vieles zerschlagen und das Tarifwesen völlig ausschalten würde. Eine solche irreguläre Entwicklung muß in allen Fällen verhindert werden. Da nun gerade bei Eisen[illegible] die Tariflöhne noch bis Ende September festliegen

Streikverschärfung an der Wasserkante

Hamburg, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand in Altona im Schillertheater eine von der RGO und Zentralen Streikleitung einberufene Versammlung der streikenden Hafenarbeiter statt. Einstimmig wurde beschlossen, den Streik der Hamburger Hafenarbeiter mit verstärkter Kraft durchzuführen.

Hamburg, 13. Febr. (Eig. Bericht.)

In Hamburg ist die Lage unverändert. In Bremen hat der Streik begonnen. Von 200 sogenannten Ringarbeitern haben sich 120 in die Streikliste eingezeichnet. Die von den Reformisten einberufene Funktionärversammlung hat mit 17 gegen 16 Stimmen die Annahme des Schiedsspruches beschlossen. Die Versammlungssälen sind von Polizei besetzt worden.

Stettiner Hafen liegt still

Stettin, 13. Febr. (Eig. Bericht.)

Die Stettiner Hafenarbeiter sind heute in den Streik getreten. [illegible] umfassenden Arbeiter streiken restlos, von den [illegible] Arbeitern sind 250 im Streik, so daß die Arbeit im Hafen stillgelegt ist. Der Kampf liegt unter Führung der RGO.

[illegible] hat die Unternehmer, die selbst im [illegible] die einzelnen unveränderte Verlängerung [illegible] in Zweifel der Gefahr habe, ob es [illegible] die drohende Gefahr einer [illegible] Welle "Lohnsenkungen".

[illegible] Planes der Unternehmer er[illegible] man in den Kreisen der [illegible] gegen dieses Verfahren zu wenden. Deshalb planen [illegible] Notverordnung [illegible] fort:

[illegible] erwägen, daß man in Fällen [illegible] großer Bedeutung, wo [illegible] Gewerbes der einzelnen [illegible] Betriebseinschränkung [illegible] und der öffentlichen Zahlungen einstellung bei Verfahren zur Abkürzung [illegible] Tarifen auf Antrag einer Tarifpartei [illegible] ein solches Verfahren [illegible] Schlichters ge[illegible]

[illegible] Notverordnung sollen also die Schlichtungsausschüsse Tarifverträge außer Kraft setzen können [illegible] Unternehmern paßt.

[illegible] rechnen bei der Durchführung des Planes [illegible] mit der ADGB. Führer. Darüber schreibt [illegible] Tageblatt"

[illegible] die Klippe der politischen Durchsetzung der [illegible] Neuerungen — wird man im Parlament [illegible] der Linken eine Mehrheit finden? [illegible] vielleicht der äußersten Rechten damit [illegible] Material zuschanzen? Als Ausweg könnte [illegible] Notverordnung betrachtet werden, deren Nichtablehnung der Sozialdemokratie eher zugemutet werden könnte, als direktes Zugehen zu einer im Parlament eingebrachten [illegible] ganz abgesehen von den hinausgeschobenen im parlamentarischen Gang der Tarifschlichtungsverordnung ist ja noch [illegible] sondern ruht vorläufig im Ausschuß.

[illegible] der ADGB die Mithilfe bei dem Plan erleichtern [illegible] ADGB-Führung nicht zu stark vor den Massen [illegible]

Mit der [illegible] dieser Pläne ist die Arbeiterschaft gewarnt. Kein Arbeiter kann sich mehr sicher fühlen, weil der Tarifvertrag seiner Industrie auf einige Zeit Geltungsdauer hat. Die Tarifverträge und Schiedssprüche sollen nur Fesseln für die Arbeiter sein, die Unternehmer zerreißen diese Verträge wie einen Fetzen Papier, wenn es ihnen so paßt. Und daraus muß die Arbeiterschaft die nötigen Folgerungen ziehen. Alle [illegible] die Arbeiterklasse muß sich wehren.

Das Reichskomitee der RGO hat in seiner Sitzung vom [illegible] und 8. Februar die Pläne der Lohnräuber erkannt und der Arbeiterschaft den Weg zur Gegenwehr gezeigt. Es gilt, die Beschlüsse des Reichskomitees der RGO durchzuführen und den Massenkampf gegen die Lohnräuber zu verstärken.

Duisburg, 14. Febr. (Eig. Drahtmeldung.)

Die am Freitag in Duisburg-Ruhrort geführten Verhandlungen über die Stillegung der Hütte Ruhrort-Meiderich sind ergebnislos verlaufen.

Fleißnerpolizei überfällt unser Parteihaus in Leipzig

Einsatz von 12 Großkampfwagen Schupo / Karabiner, Dachschützen und Scheinwerfer
Textilarbeiterstreikmaterial gesucht / Vier Stunden vergebliche Arbeit / Nächtliche Massendemonstration der empörten Arbeiter

Leipzig, 14. Febr. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern kurz nach 22 Uhr wurde das Parteigebäude der Leipziger KPD, das Franz-Mehring-Haus, von einem Riesenaufgebot Fleißner-Polizei überfallen. Die Form dieses Ueberfalles, der vollständig bürgerkriegsmäßig durchgeführt wurde, stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Die Polizei war in einer Stärke von 12 großen Schnellkraftwagen und Beamten mit Karabinern und 36 Kriminalbeamten eingesetzt worden. Sie drang nicht von vorn in das Gebäude, sondern durch mit Scheinwerfern ausgerüstete Stoßtrupps über die Dächer des an den Hof des Parteigebäudes angrenzenden Hauses ein. Die Dächer der umliegenden Häuser wurden die ganze Zeit mit Scheinwerfern beleuchtet und ununterbrochen die Häuserfronten abgeleuchtet. Eine im Haus tagende Parteisitzung wurde mit vorgehaltenen Revolvern und dem Ruf „Hände hoch" überfallen. Die Namen wurden festgestellt.

Dann begann die Durchsuchung des Hauses vom Keller bis aus den Boden, die über 4 Stunden dauerte. Sämtliche Schränke, Schreibtische, Regale usw. wurden geöffnet, zum Teil gewaltsam aufgebrochen. Selbst die Garderobeschränke des Druckereipersonals wurden erbrochen. Die im Haus zum Schutze gegen faschistische Ueberfälle stationierte Wache wurde im Keller über eine Stunde festgehalten, wobei alle Teilnehmer dreimal mit erhobenen Händen, mit dem Gesicht nach der Wand gestellt und körperlich durchsucht wurden. Auch die Räume und das Archiv der Redaktion der Sächsischen Arbeiter-Zeitung wurden stundenlang durchsucht. Leiter der Aktion war Regierungsrat Dr. Schubert. Der Ueberfall erfolgte auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft, angeblich um verbotene Schriften zu suchen. Das ist ein lächerlicher Vorwand. Der wahre Grund ist, daß die Polizei hofft, wichtiges Material über den unmittelbar bevorstehenden Textilarbeiterstreik zu finden und vielleicht irgendwelches belastendes Material für den am Montag beginnenden Prozeß gegen mehr als 30 Leipziger Arbeiter. Um so niederschmetternder ist das Ergebnis der stundenlangen Durchsuchung. Die Polizei nahm ein Brotmesser, einige alte Betriebszeitungen aus dem Jahre 1929 und eine Nummer des „Oktober" mit. Die unteren Beamten selbst, denen 6 Prozent ihres Gehalts geraubt wurden, führten diese Aktion nur außerordentlich widerwillig durch.

Bemerkenswert ist, daß unmittelbar bei Beginn der Durchsuchung plötzlich in den Räumen des durch ein Riesenaufgebot in weitem Umkreis abgesperrten Parteihauses ein Berichterstatter der Leipziger Neuesten Nachrichten, der offensichtlich gleichzeitig mit der Polizei oder unmittelbar nach ihr, jedenfalls durch rechtzeitige Benachrichtigung vom Polizeipräsidium, in das Haus gelangte. Erst auf energischen Protest unserer Genossen mußte sich der Leiter der ganzen Aktion bequemen, den Berichterstatter aus dem Hause zu verweisen.

Der Ueberfall hat in der ganzen Stadt eine ungeheure Erregung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen. Kaum eine halbe Stunde nach Beginn der Besetzung des Hauses füllten sich die Seitenstraßen mit hunderten Arbeitern, die mit ununterbrochenen Rot-Front-Rufen gegen den frechen Polizeiüberfall demonstrierten. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen. Diese Aktion des „linken" SPD-Fleißner zeigt den Arbeitern die Frage des Sozialfaschismus. Die SPD-Arbeiter müssen Schluß machen mit einer Partei, deren Führer sich fest in die faschistische Terrorfront gegen die Arbeiter eingegliedert haben. Proletarier, euer Platz ist in der Kommunistischen Partei, die allein das Banner des revolutionären Sozialismus hochhält.

Severings Zuchthausgesetz gegen RGO im Betriebsrätewahlkampf

Polizei der Giftgaskönige gegen die Anilinproleten

Schupoaufgebot verhindert Belegschaftsversammlung der Anilinwerke / Eure Antwort: Massensturm auf die Betriebe! / In jedem Betrieb eine rote Liste und Eroberung der Belegschaft für die RGO!

Mannheim, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern nachmittag wurde eine von der RGO einberufene gerichtliche Betriebsversammlung der Anilinwerke im letzten Augenblick polizeilich verboten. Die Betriebsversammlung war einberufen worden unter dem Thema: „Kampf gegen den Lohnraub und Maßregelung des roten Betriebsrates Dittgen, Betriebsrätewahlen und Besprechung des Kampfprogramms". Das Verbot erfolgte erst, kurz bevor die Versammlung beginnen sollte. Ein Aufgebot von Schutzpolizei und Kriminalbeamten, das in den Straßen um die Anilinwerke herumfuhr, verhinderte, daß die Versammlung stattfand. Der Wirt des Lokals wurde unter Druck gesetzt, um die Versammlung zu verhindern.

RGO macht Leunahölle sturmreif

Rote Betriebsräte gemaßregelt / Seit 10 Jahren wieder dreifaches Sirenensignal zum Streik

Halle, 14. Febr. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem der rote Betriebsrat Burkhardt aus den Leuna-Werken entlassen wurde, weil er in der Kantine zum Streik anläßlich der Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich aufgefordert hatte, ist jetzt der Reichstagsabgeordnete Gen. Volkmann entlassen worden. Trotzdem am Tag nach der Entlassung die Eingangspforten mit Pförtnern, Feuerwehrbeamten und Kriminalbeamten besetzt waren, gelang es dem Genossen Volkmann, in den Betrieb hineinzukommen und bis abends die Arbeiter in den verschiedenen Werken zum Streik gegen den Lohnraub aufzufordern. Während der zweiten Schicht versuchte die Werkspolizei des Leunawerkes eine wilde Jagd auf den Genossen Volkmann, der es aber verstand, sich über Dächer und hohe Brücken den Werkspitzeln zu entziehen. So konnte er im Bau 137 und im Bau 1 vor der gesamten Arbeiterschaft zum Streik gegen den Lohnraub auffordern. Im Werk 29 war gerade die Pause zu Ende. Genosse Volkmann ging zum Hebel der Sirene, und zum ersten Male nach 10 Jahren ertönten wieder die bekannten 3 Signale, nach denen früher die Leuna-Belegschaft in den Streik getreten war. Kein Arbeiter begann mit der Arbeit. Als die Werkspolizei den Bau betrat, schützte die Belegschaft den roten Betriebsrat. Schon wenige Minuten später konnte er im Bau 24 zu den Angestellten sprechen. Erst dort gelang es den Werkspitzeln, den Genossen Volkmann zu stellen und unter schwerer polizeilicher Bedeckung aus dem Werk hinausführen. Während der Treibjagd auf den roten Betriebsrat wurden von RGO-Anhängern im ganzen Werk Zettel geklebt mit der Aufforderung, nur rote Betriebsräte zu wählen und die Provokation der Leuna-Könige mit dem Streik zu beantworten.

Internationale Kampfeinheit der Textilarbeiter

Wie in Deutschland, so gehen auch in der Tschechei die Textilbarone dazu über, die Lohn- und Manteltarifverträge der Textilarbeiter zu kündigen, mit dem Ziel eines Lohnraubes. In Ostböhmen haben die Textilindustriellen den Textilarbeitern die Kündigung zum 28. Februar zugestellt und erklärt, daß sie nur die weiterbeschäftigen würden, die sich mit einem von den Textilbaronen vorgeschlagenen Lohnabbau einverstanden erklären. Auch im Reichenberger und Friedländer Gebiet wurden sämtliche Lohnabkommen aufgekündigt. Die Löhne der tschechischen Textilproleten liegen zum Teil noch unter den Hungerlöhnen ihrer deutschen Kollegen.

Die RGO der Textilarbeiter der Tschechei hat umfangreiche Mobilisierungsarbeiten eingeleitet und führt den Kampf gegen den Lohnraub, für die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf breitester Front. In zahlreichen Textilbetrieben bestehen bereits Kampfleitungen und haben die Belegschaften ihre Kampfprogramme aufgestellt.

Die Schaffung einer starken internationalen Einheitsfront ist darum dringend notwendig. Kampf den Lohnräubern in Sachsen und der Tschechei ist die Losung, unter der die Textilproleten den frechen Anschlag der deutschen und tschechischen Textilbarone unter Führung der RGO zurückschlagen werden.

Hoppla, sie leben!

Blut und Elend bringt Riesengewinne für das Ausbeutergesindel

Die Mitteldeutschen Stahlwerke AG schütten eine Dividende von 6 Prozent aus. Der Betriebsgewinn beträgt 11,74 Millionen Mark gegenüber 13,66 im Vorjahr. Auch hier sind die Bilanzen verschleiert, denn der Zugang an Anlagewerten, also Neueinrichtungen im Betrieb, beziffert sich auf 5,2 Millionen Mark, genau viermal soviel als im Vorjahr. Im übrigen wurde beschlossen, den Sitz der Gesellschaft von Berlin nach Riesa zu verlegen.

Auch diese Gewinnbilanz der Metallbaron zeigt das Verbrechen der DMV-Bürokratie und ihrer Funktionäre bei der letzten Tarifbewegung. Bei den Betriebsrätewahlen gilt es, abzurechnen mit den Lohnräubern und ihren Agenten.

„Es sah sehr bedenklich aus"

Kampfruf der Arbeiter übertönt das Nazigekrächz

Düsseldorf, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Zur Verstärkung der aus dem Reichstag kommenden nationalsozialistischen Abgeordneten war hier ein Empfang organisiert, der aber durch die Wachsamkeit der Arbeiterschaft einen ganz anderen Charakter, als ursprünglich beabsichtigt, annahm. Selbst die bürgerliche Presse muß dem kläglichen Reinfall beitragen. So schreibt u. A. das Düsseldorfer Tageblatt: „Als die Nationalsozialisten abmarschierten, sah es sehr bedenklich aus, da die Kommunisten den Nationalsozialisten weit überlegen waren und die Hitlertruppe ersticken konnten."

SA wurde vermöbelt

Königsberg, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Bei einer von den Nationalsozialisten veranstalteten Begrüßung der ostpreußischen nationalsozialistischen Abgeordneten am Bahnhof kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Arbeiterschaft, die eindrucksvolle Gegendemonstrationen veranstaltet hatte. Die Nationalsozialisten versuchten, auf die Arbeiter einzuprügeln und einzuschlagen, erhielten dabei aber eine kräftige Abfuhr.

•

Eine Horde von einer Versammlung in Gremmelersdorf kommender SA-Leute überfiel einige Arbeiter. Die Arbeiter setzten sich den mit Stahlruten und Dolchen bewaffneten angreifenden SA-Banden gegenüber zur Wehr. Eine Anzahl Nazis wurde verletzt, darunter einer schwer, der ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Landjäger Severings verhafteten einige Arbeiter und ließen die braunen Mordbriegen ungeschoren.

Verantwortlich für Dresden, Ostsachsen und Westsachsen: Otto Schubert, Dresden; für Sport: Albert Zunder, Dresden; für Politik, Gewerkschaft, Beilagen und den übrigen Inhalt: Otto Schaffer, MdR., Berlin; für Inserate: Wilhelm Schwandt, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden, Schandauerstraße 1.